

**Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales
und Gesundheit
am Donnerstag, dem 27.06.2013, im Ausschusszimmer des
Kreishauses Warendorf (4. OG, Zi. A 4.01)**

**Beginn: 09:05 Uhr
Ende: 11:25 Uhr**

			Seite
.	<u>I. Öffentlicher Teil</u>		
1.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sachstandsbericht	405/2013	5
2.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sozialintegratives Fallmanagement	406/2013	6
3.	Datenreport Pflege 2013	409/2013	7
4.	Vorstellung der Aidsberatung des Gesundheits- amtes	417/2013	10
.	<u>II. Nichtöffentlicher Teil</u>		
1.	Abschluss eines Vertrages mit dem Träger Pa- riSozial zur Leistungserbringung für von Autis- mus betroffene junge Menschen und Erwachse- ne	423/2013	11

Anlagen

- Anlage 1 Sachstandsbericht des Jobcenters
Anlage 2 Umsetzung des sozialintegrativen Fallmanagements im Jobcenter Kreis
Warendorf

Anlage 3 Datenreport Pflege 2013

Anlage 4 HIV/AIDS – Die Beratung im Gesundheitsamt

Anwesend:

Vorsitz	
Strübbe, Robert	
Ausschussmitglieder	
Birkhahn, Astrid	
Diekhoff, Markus	
Feichtinger, Jochen	
Hein-Kötter, Dorothea	
Hüttemann, Dorothe	
Lindstedt, Cornelia	
Mors, Annette	bis 11.20 Uhr
Steiner, Hans-Rüdiger	
Stöppel, Gregor	
Strecker, Rita	bis 11.10 Uhr / Ende öffentlicher Teil
Strohbücker, Josef	
Twenhöven-Ruhmann, Annette	
Vöcking, Knud	
stellv. Ausschussmitglieder	
Blömker-Stockmann, Maria	Vertretung für Leismann, Jendrik
Luster-Haggeney, Rudolf	Vertretung für Wördemann, Christiane
von der Verwaltung	
Bögge, Miriam	
Börger, Heinz Dr.	
Hanewinkel, Martin	
Middendorf, Anne	
Rehfeldt, Elke Dr.	
Röhnelt, Anja Dr.	
Schabhüser, Helmut	
Schreier, Petra	
Uhkötter, Richard	

Es fehlten entschuldigt:**Ausschussmitglieder**

Leismann, Jendrik

Wördemann, Christiane

Herr Strübbe eröffnet um 09.00 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Gesundheit mit Einladung vom 14.06.2013 form- und fristgerecht einberufen wurde.

I. Öffentlicher Teil**1. Jobcenter Kreis Warendorf
hier: Sachstandsbericht****405/2013**

Frau Schreier berichtet

- zur Entwicklung der Bedarfsgemeinschaften, Personen in Bedarfsgemeinschaften und der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten
- über das Ranking der Bedarfsgemeinschaften nach Städten und Gemeinden
- zur Arbeitslosigkeit ausgewählter Personengruppen
- über die Alleinerziehenden-Bedarfsgemeinschaften
- über die Kennzahlen nach § 48a SGB II

(sh. Anlage 1).

Aufgrund der gestiegenen Summen der Leistungen zum Lebensunterhalt und Leistungen für Unterkunft und Heizung um 3,5 % bzw. 4,5 % belegt das Jobcenter Warendorf hier die Plätze 30 und 32 im Ranking der 53 Jobcenter in Nordrhein-Westfalen (Berichtsmonat Februar 2013). Grund sei die Steigerung der Anzahl der Bedarfsgemeinschaften um 130 und der entsprechenden Kosten um 130.000 €

Sehr erfreulich sei hingegen der erste Platz hinsichtlich des durchschnittlichen Bestandes an Langzeitleistungsbeziehern, führt Frau Schreier aus. Dieses positive Ergebnis sei möglich, da sich das Jobcenter dieser Personengruppe besonders erfolgreich angenommen habe.

2.	Jobcenter Kreis Warendorf hier: Sozialintegratives Fallmanagement	406/2013
-----------	--	-----------------

Herr Hanewinkel berichtet über die Umsetzung des sozialintegrativen Fallmanagements (sFM) im Jobcenter Kreis Warendorf (sh. Anlage 2). Ziel sei es, einen Bereich für soziale Sicherung und Stabilisierung zu schaffen.

Es bestünden keine vordefinierten Handlungsansätze. Zudem sei die Arbeitsweise nicht vorgeschrieben, vielmehr sollen die Fallmanager eigene individuelle Wege gehen, wobei die Kreativität der Mitarbeiter gefragt sei.

Auf Nachfrage von Frau Mors zum hohen Betreuungsschlüssel von 1 : 300 – 400 erklärt Herr Hanewinkel, dass die Fallmanager noch zahlenmäßig aufgestockt würden. Bei einem Teil der Leistungsberechtigten bestünde jedoch kein aktueller Handlungsbedarf, da diese z.B. in einer Therapie seien oder kurz vor Eintritt in das Rentenalter. Des Weiteren sei Auftrag der Fallmanager Personen zu begutachten und festzustellen, in welchen Bereichen diese noch arbeiten könnten. Teilweise seien Klienten aufgrund ihrer eingeschränkten Möglichkeiten in der Lage, nur 3 bis 6 Stunden täglich zu arbeiten. De facto seien diese kaum vermittelbar.

Herr Hanewinkel weist darauf hin, dass sich die sozialintegrativen Fallmanager generell weniger belastet fühlen als andere Integrationskräfte im Jobcenter, weil keine große Erwartungshaltung hinsichtlich der Vermittlung ihrer Klienten bestünde und keine Quotenvorgaben gemacht werden.

Frau Lindstedt bemängelt seitenlange Eingliederungsvereinbarungen mit vielen Punkten, oft standardisiert mit Textbausteinen, so dass Hilfeempfänger, insbesondere solche mit Migrationshintergrund nicht verstehen, was sie unterschreiben. Sie befürworte daher eine kurze Zusammenfassung der Ergebnisse auf einer Seite.

Herr Hanewinkel weist darauf hin, dass das Jobcenter den Anspruch habe, Eingliederungsvereinbarungen individuell zu gestalten. Die Verwendung von Textbausteinen solle künftig vermieden werden. In jedem Fall würden aber die Vereinbarungen mit den Hilfeempfängern besprochen und diesen die Möglichkeit gegeben, bei Unklarheiten nachzufragen. Herr Hanewinkel wird das Thema Eingliederungsvereinbarungen einer internen Prüfung unterziehen.

Frau Mors kritisiert die Verwendung von Abkürzungen in Präsentationen. Frau Schreier sichert zu in Zukunft Abkürzungen zu vermeiden.

Herr Feichtinger erkundigt sich, ob die sozialintegrativen Fallmanager eine besondere Ausbildung benötigen.

Herr Hanewinkel teilt mit, dass eine besondere Qualifikation nicht gefordert werde. In der Regel werden Sozialarbeiter mit Verwaltungserfahrung eingesetzt.

3. Datenreport Pflege 2013**409/2013**

Frau Middendorf erläutert den Datenreport Pflege 2013, hier handele es sich um die Fortschreibung des Berichtes aus 2011. Sie stellt Auszüge aus dem Bericht anhand einer Präsentation vor (sh. Anlage 3).

Aus der Folie 4 ist ein deutlicher Anstieg der Leistungsempfänger mit der Pflegestufe I zu erkennen. Dieses resultiere aus zunehmenden Demenzerkrankungen. Außerdem sei der Anstieg der Kriterien von Stufe I nach Stufe II sehr hoch.

Bei den Beschäftigten in Pflegeeinrichtungen steigt der Bedarf kontinuierlich. Allerdings geht der Anteil an Vollzeitbeschäftigten immer mehr zurück. Frau Middendorf erklärt, dass allerdings mehr als 53 % der Teilzeitbeschäftigten mit mehr als der Hälfte der tariflich vereinbarten Arbeitszeit beschäftigt seien.

Zur Anzahl der stationären Pflegeeinrichtungen und –plätze (Folie 9) nennt Frau Middendorf folgende im Bau befindliche Einrichtungen im Kreis Warendorf, die noch in 2013 den Betrieb aufnehmen:

- Eichenhof Warendorf mit 77 Plätzen, Eröffnung werde am 01.07.2013 sein
- Seniorenresidenz Ennigerloh mit 80 Plätzen, voraussichtliche Inbetriebnahme zum 01.11.2013

Für 2014 seien weitere Baumaßnahmen in Everswinkel, Neubeckum und Liesborn geplant.

Eine teilweise Verringerung von Plätzen in bestehenden Einrichtungen sei aufgrund der Erhöhung der Einzelzimmerquote bis 2018 (80 Prozent in Pflegeheimen und Wohnheimen für Menschen mit Behinderung) zu erwarten.

Hinsichtlich der stationären Plätze je 1.000 Einwohner über 65 Jahre bestehe in Beelen und Wadersloh die höchste Anzahl von Plätzen, führt Frau Middendorf aus. Die hohe Anzahl der Plätze insbesondere in Wadersloh-Liesborn werde jedoch nicht nur von Bewohnern aus dem Kreis Warendorf belegt.

Frau Mors erkundigt sich nach dem Richtwert zur Anzahl der stationären Plätze je 1.000 Einwohner über 65 Jahre.

Frau Middendorf teilt mit, dass es keinen Richtwert gebe. Die Einrichtungen im Kreis Warendorf seien zum Stichtag 15.01.2013 zu 93,4 % ausgelastet gewesen, die aktuell vorgehaltene Platzzahl sei daher offensichtlich angemessen.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass die Städte Ahlen und Oelde vergleichbar wenig stationäre Heimplätze vorhalten. Grund hierfür sei, dass diese alternative Wohnformen suchen, die vom klassischen Altenpflegeheim weg führen. Die Stadt Ahlen z.B. habe ein Konzept zur Optimierung des ambulanten Versorgungssystems für ältere hilfe- und pflegebedürftige Menschen im Quartier erstellt.

Frau Middendorf erläutert anhand der Folie 11 den Anstieg der Kurzzeitpflegeplätze in den vergangenen Jahren. Eingestreute Kurzzeitpflegeplätze würden von 27 Einrichtungen vorgehalten, zwei Einrichtungen halten feste Kurzzeitpflegeplätze vor. Um

die Suche nach einem Kurzzeitpflegeplatz zu erleichtern sei im Internetauftritt des Kreises Warendorf eine interaktive Karte eingerichtet worden, auf der die aktuell freien Plätze dargestellt sind. Es hätten jedoch noch nicht alle Einrichtungen ihre Plätze eingepflegt.

Herr Dr. Börger weist darauf hin, dass die Kosten im Bereich Pflege weiter steigen werden. Die Kosten des Kreises belaufen sich auf ca. 15 Mio. Euro. Etwa jeder 3. Bewohner einer Altenpflegeeinrichtung beziehe Sozialleistungen. Der LWL habe eine Kostensteigerung um zusätzliche 280 Mio. € durch die Verbesserung von Standards errechnet. Hierdurch werden die Kommunen weiter belastet.

Frau Middendorf berichtet, dass der Kreis mit den Städten und Gemeinden ein gemeinsames Konzept zum Umgang mit Investorenanfragen für den Bau stationärer Altenpflegeeinrichtungen abstimmen werde. Den Bürgermeistern werde dies am 01.07.2013 vorgestellt. Eine Beschlussfassung soll im Herbst 2013 durch die zuständigen Ausschüsse erfolgen.

Herr Steiner erkundigt sich hinsichtlich der auf S. 32, Ziff. 1.1 genannten Heranziehung Unterhaltspflichtiger, welcher Personenkreis betroffen sei. Frau Middendorf erläutert, dass Ehegatten und Kinder unterhaltspflichtig seien, Schwiegerkinder zählen nicht zum Personenkreis der Unterhaltspflichtigen. Gleichwohl gebe es Konstellationen, bei denen deren Einkommen für die Ermittlung des Unterhaltsbeitrages der unterhaltspflichtigen Personen mit zu berücksichtigen ist.

Dr. Börger ergänzt, dass im Sozialamt ein Sachgebiet für Unterhaltsheranziehung eingerichtet wurde, die Zuständigkeit erstreckte sich auf das Sozialamt, das Amt für Kinder, Jugendliche und Familien sowie das Jobcenter.

Auf Nachfrage erklärt Frau Middendorf, dass zu Abwanderungstendenzen ins Ausland bei Pflegebedürftigkeit liegen dem Kreis keine Daten vor.

Herr Stöppel bewertet den im Datenreport (S. 29) genannten (drohenden) Fachkräftemangel mit einer prognostizierten Personallücke von rd. 1.500 Pflegefachkräften bis zum Jahr 2030 als sehr beunruhigende Tatsache. Es bestehe aktueller Handlungsbedarf. Es sei daher zu überlegen, an welcher Stelle ein Impuls gegeben werden könne um die personelle Situation zu verbessern.

Frau Middendorf stimmt Herrn Stöppel zu. Ziel des Datenreports sei es, die Ist-Situation darzustellen, die Suche nach geeigneten Maßnahmen, wie dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken werden könne, sei der nächste Schritt.

Herr Diekhoff hält die zum 01.07.2012 wieder eingeführte Altenpflegeausbildungsumlage für eine richtige Maßnahme, dem Fachkräftemangel entgegenzuwirken.

Herr Dr. Börger teilt mit, dass in der Pflege inzwischen viele Teilzeitkräfte tätig seien, die Arbeit stelle eine große körperliche und psychische Herausforderung dar.

Frau Hüttemann sieht jetzt die Zeit zum Handeln, um dem Fachkräftemangel zu begegnen. Wichtig sei vor allem, dass die ausgebildeten Altenpflegerinnen auch in der Pflege blieben. Die Arbeit mit Menschen mache zwar Spaß, die geringe Bezahlung, Schichtarbeit und viele Überstunden erschwerten diese jedoch.

Herr Strohbücker bemängelt die ständig wachsende Bürokratie in den Einrichtungen, die Pflege selbst komme dadurch zu kurz. Wichtiger sei es jedoch, den Menschen in den Mittelpunkt zu stellen.

Herr Feichtinger verweist auf eine mögliche Erhöhung der Pflegeversicherung zur finanziellen Entlastung der Kommunen.

4. Vorstellung der Aidsberatung des Gesundheitsamtes**417/2013**

Frau Dr. Röhnelt berichtet u.a. über die Entwicklung von HIV/AIDS und Infektionswege, Symptome, Diagnostik, Therapie, Schutzmaßnahmen sowie das Angebot des Gesundheitsamtes (sh. Anlage 3). Die Anonymität der Beratung sei gewährleistet, ein Termin könne ohne Nennung des Namens vereinbart werden.

Das Angebot werde jedoch nur im Kreishaus und nicht in den Außenstellen vorgehalten.

Herr Feichtinger erkundigt sich, ob die AIDS-Hilfe Ahlen e.V., Beratungsstelle für den Kreis Warendorf, finanziell vom Kreis gefördert werde.

Frau Dr. Röhnelt bestätigt, sich die AIDS-Hilfe durch Förderung des Kreises und des Landes sowie durch Spenden finanziere.

Herr Dr. Börger bescheinigt eine hervorragende Zusammenarbeit mit der Aids-Hilfe Ahlen e.V. Die Programme seien untereinander abgestimmt.

Die Beratung durch eine Ärztin des Gesundheitsamtes und durch eine Sozialarbeiterin/ einen Sozialarbeiter der AIDS-Hilfe ergänzten sich hervorragend.

Herr Strübbe schließt die Sitzung um 11.25 Uhr.

Robert Strübbe
Vorsitzender

Dr. Heinz Börger
Schriftführer